

Terms and Conditions

The Library provides access to digitized documents strictly for noncommercial educational, research and private purposes and makes no warranty with regard to their use for other purposes. Some of our collections are protected by copyright. Publication and/or broadcast in any form (including electronic) requires prior written permission from the Library.

Each copy of any part of this document must contain there Terms and Conditions. With the usage of the library's online system to access or download a digitized document you accept there Terms and Conditions.

Reproductions of material on the web site may not be made for or donated to other repositories, nor may be further reproduced without written permission from the Library

For reproduction requests and permissions, please contact us. If citing materials, please give proper attribution of the source.

Imprint:

Director: Mag. Renate Plöchl

Deputy director: Mag. Julian Sagmeister

Owner of medium: Oberösterreichische Landesbibliothek

Publisher: Oberösterreichische Landesbibliothek, 4021 Linz, Schillerplatz 2

Contact:

Email: [landesbibliothek\(at\)ooe.gv.at](mailto:landesbibliothek(at)ooe.gv.at)

Telephone: +43(732) 7720-53100

— kaum etwas, was österreichische Verhältnisse und die österreichische Gesetzgebung in Betracht zieht. Es wäre demnach notwendig, wenigstens in den größeren Städten, für Gelegenheit zu einer entsprechenden Vorbildung zu sorgen. Es wäre dies, soweit Vorbildung für ehrenamtliche Tätigkeit in Betracht kommt, zunächst eine Aufgabe jener Vereine, die heute die Zentralen privater Wohltätigkeit oder Wohlfahrtspflege bilden, dann aber auch eine Aufgabe der Behörden, der Gemeinden und Länder, die ja bei allem, was sie auf dem Gebiete sozialer Fürsorge unternehmen wollen, auch ehrenamtlicher Mitarbeiter bedürfen und die deshalb Wert darauf legen müßten, sich wenigstens etwas vorgebildete und mit den wichtigsten einschlägigen Aufgaben und gesetzlichen Bestimmungen vertraute Helfer heranzubilden. Vielleicht daß sich dort, wo die eigenen Kräfte der Gemeinden und Länder nicht ausreichen, durch Zusammenarbeiten mit den volkstümlichen Universitätskursen geeignete Lehrkräfte beschaffen ließen.

Durch derartige Veranstaltungen, die nicht zur berufsmäßigen Tätigkeit, sondern nur zur ehrenamtlichen Mitarbeit vorbereiten sollen, würde nicht nur denen, die in der Fürsorgetätigkeit mitarbeiten wollen, eine gewisse Grundlage, gewisse Grundbegriffe gegeben werden — eine gründliche Schulung ist natürlich auf diesem Wege nicht möglich — sondern solche Kurse würden auch propagandistisch wirken und solche Kreise, die der sozialen Fürsorge fernstehen, für diese interessieren oder es wenigstens vielen erleichtern, von ihrer Mitarbeit an Kriegsfürsorge und privater Wohltätigkeit den Uebergang zur sozialen Fürsorge zu finden.

Aber nicht nur diese Personen bedürfen einer gewissen Schulung. Auch unsere Staatsbeamten, deren Mitarbeit auf diesem Gebiete ja notwendig ist — meiner Meinung nach allerdings als Privatpersonen, den Ansichten der Regierung nach aber vor allem schon in ihrer amtlichen Eigenschaft — brauchen eine Schulung auf diesem Gebiete. Wie fern liegt heute noch der großen Mehrzahl unserer Bezirkshauptleute und der sonstigen politischen Beamten jede Fürsorgetätigkeit! Natürlich müßte die Ausbildung dieser Personen — insbesondere wenn sie, wie in den verschiedenen Projekten der Regierung, eine führende Stelle einnehmen sollen — gründlicher sein als die der ehrenamtlicher Helfer; aber dafür sind auch die Grundlagen, auf denen bei ihnen aufgebaut werden kann, ganz andere. Es wäre wohl zweckmäßig, wenn im Rahmen der in früheren Jahren abgehaltenen staatswissenschaftlichen Fortbildungskurse eine eingehende Belehrung über Fürsorgewesen und -Tätigkeit stattfinden würde. Vielleicht wäre es auch möglich, aus einem solchen Kurse eine Schrift hervorgehen zu lassen, die als wertvoller Unterrichtsbehelf weiteren Kreisen zugute käme.

Wichtiger aber noch als die Unterweisung der Beamten ist der Unterricht der fachlichen Mitarbeiter und der berufsmäßigen Mitarbeiter in der sozialen Fürsorge.

In erster Linie kommen da die Aerzte in Betracht.

Vor allem müßte das Interesse weiter ärztlicher Kreise gewonnen werden. Die große Masse der Aerzte hat sich im letzten Jahrzehnt allzu einseitig mit Standes-, nur sehr wenig mit Volks-